Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 15.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 4.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7201. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. in Leipzig.

Nr. 272 — **Freitag, den 10. Juni** — **1921**

Die wirtschaftliche Bilanz des Bolschewismus

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Drei Jahre lang haben die Bolschewisten ihre Unfähigkeit, die russische Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage zu organisieren, damit begründet, daß der Bürgerkrieg und die Blockade sie daran hindern. Doch als der Bürgerkrieg zu Ende gekommen war und Sowjetrußland mit anderen Ländern in Verbindung treten konnte, erfuhr man immer noch nichts davon, daß sich Sowjetrußland dem Ideal eines sozialistischen Staates nähert. Im Gegenteil, man konnte gleichzeitig mit der Eröffnung des Kampfes gegen die organisierte Arbeiterschaft Westeuropas durch den zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale immer wieder von den Führern der Kommunisten hören, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen die Verwirklichung des Sozialismus sehr schwierig sei. Diese Ausführungen, die von Lenin, Radek und Genossen des öfteren gemacht wurden, ließen darauf schließen, daß die russischen Kommunisten die Politik derselben „Sozialverräter" nachzuahmen im Begriffe waren, die sie in einer bis jetzt in der sozialistischen Bewegung unerhört schroffen Weise bekämpft hatten. Und je schroffer und unbeugsamer die Bolschewisten gegenüber den westeuropäischen Sozialisten auftraten, je unduldsamer sie gegen die verschiedenen Richtungen der westeuropäischen sozialistischen Bewegungen wurden, desto nachgiebiger waren sie bei sich in Rußland, indem sie immer mehr einzusehen begannen, daß wirtschaftlich die Fragen nicht mit Gewalt gelöst werden können, sondern daß sie vom geschichtlichen Entwicklungsgang bedingt sind. Immer deutlicher zeigt es sich in letzter Zeit, daß die Bolschewisten zurück zum Kapitalismus abbauen. Dieser Abbau wurde in diesen Tagen von den Führern der bisherigen Wirtschaftspolitik der Bolschewisten klar ausgesprochen.

Auf dem Kongresse der Volkswirtschaftsräte, der soeben in Moskau stattfand, haben die beiden Vorsitzenden des oberen Wirtschaftsrates, **Rykow** und **Miljutin**, Programmreden gehalten, in denen sie über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Sowjetrepublik sprachen und gleichzeitig selber vielleicht unbewußt, ein vernichtendes Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik fällten.

Ueber die bisherige Ernährungspolitik sagte **Rykow** u. a.:

„Vier Jahre lang nahmen wir von Jahr zu Jahr die Verminderung der Saatfläche, der Ernte und das fast vollständige Verschwinden einiger für die Industrie, für die Landwirtschaft und für die Ausfuhr wichtige Landwirtschaftserzeugnisse, wie Flachs, Hanf u. a. beobachten. Das geschah nämlich darum, weil die Bauern bei der Politik gewaltsamer Requisitionen von Brot kein Interesse an der Erweiterung ihrer Saatfläche hatten. Deshalb war die Verminderung an der bäuerlichen Wirtschaft eine unerläßliche Folge jener Ernährungspolitik, die wir die ganze Zeit geführt haben. Darum war es notwendig, eine radikale Reform zur Heilung dieses krankhaften Zustandes anzuwenden. Diese Reform bestand in der Ersetzung der gewaltsamen Requisitionen durch die Naturalsteuer. Diese Steuer besteht darin, daß die Bauern nur einen Teil, und dabei nur einen ganz geringen Teil, ihrer Erzeugnisse dem Staat übergeben, während sie den anderen, größeren Teil bei sich als Privateigentum in bürgerlichem Sinne dieses Wortes lassen und ihn nach eigenem Gutdünken verwenden können."

Dieses Bekenntnis Rykows ist ein offenes Zugeständnis dessen, daß die vierjährige Ernährungspolitik der Bolschewisten eine Politik fortdauernder Fehler war, die das kornreiche Rußland einer noch nie dagewesenen Hungersnot ausgeliefert haben. Tausende von Menschen wurden seinerzeit hingerichtet oder sitzen heute noch in den Gefängnissen, nur deshalb, weil sie „spekuliert", d. h. Lebensmittel oder Industrieerzeugnisse im freien Handel verkauft haben. Jetzt aber wird durch das Gesetz über die Naturalsteuer der freie Handel von derselben Regierung erlaubt, die ihn vier Jahre lang verfolgt und gänzlich zerstört hat.

Nur wer in Rußland war, kann sich ein Bild von den unermeßlichen Qualen der Bevölkerung machen, die Lebensmittel und Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs in winzig kleinen Mengen vom Staate erhalten hat. „Im sozialistischen Staat," sagen die Sozialisten, „hat der Staat die Aufgabe, den Bürger in gerechter Weise mit allem was zum Leben nötig ist, zu versorgen."

Doch da Rußland für eine sozialistische Gesellschaftsordnung noch nicht reif war, so mußte notgedrungen die mit Gewalt eingeführte, auf sozialistischer Grundlage ruhende gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung in eine für alle gleiche Hungersnot ausarten. Die großen Leiden der Bevölkerung waren umsonst, denn die Sowjetregierung kehrt jetzt zu denjenigen Wirtschaftsformen zurück, die vor ihr bestanden haben. Und dabei hat Rykow selber zugeben müssen, daß nicht die Blockade und der Bürgerkrieg an der Verminderung der Saatfläche und an der Hungersnot schuld waren, sondern vor allem die Ernährungspolitik der Sowjetregierung.

Ueber die bevorstehende Politik der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Industrie sagte Rykow folgende bemerkenswerten Worte:

„Gleichzeitig mit dem Aufstieg des freien Handels ist es klar, daß wir genötigt sein werden, eine Reihe von Unternehmungen, die stillstehen oder schlecht arbeiten, zur Ausbeutung einzelnen **Gesellschaften, Genossenschaften** oder **Privatpersonen zu übergeben**. Wenn irgendeine Fabrik bei einem Privatunternehmer arbeiten kann, während sie bei uns stillsteht, wäre es ein Verbrechen, sie einem Privatunternehmer nicht zu geben, sobald wir selber nicht imstande sind sie in Gang zu bringen."

Dieser Umstand, den Rykow als Verbrechen bezeichnete, dauerte vier Jahre lang unter der Herrschaft der Bolschewisten. Und erst jetzt, da die ganze Wirtschaft daniederliegt, nichts mehr vorhanden ist, was noch weiter ruiniert werden kann, sind Rykow und seinesgleichen zu der Erkenntnis gekommen, daß ihre Wirtschaftspolitik ein **Verbrechen gegenüber Rußland** und ein Verbrechen gegenüber dem Sozialismus gewesen war, in dessen Namen die bankerotte Politik geführt wurde.

Ein noch vernichtenderes Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik der Bolschewisten hat der zweite Vorsitzende **Miljutin** gefällt, indem er den Satz auszusprechen wagte:

„Von der Oktoberrevolution an konnte unsere Industrie von den Vorräten zehren, die schon früher vorhanden waren."

Mit diesen Worten gibt Miljutin zu, daß während der vierjährigen Periode der bolschewistischen Sozialisierungsexperimente die russische Industrie nur konsumiert, nicht aber produziert hat. Und nachdem nun die reichen Vorräte zu Ende gegangen sind, mußte auch den Experimenten ein Ende gemacht werden. Jetzt wird ein Teil der Industrie dem Kapitalismus zugeführt.

„Bis jetzt haben wir," sagt Rykow, „unsere Konkurrenten getötet und erschlagen auf dem Wege von Requisitionen, Konfiskationen, jetzt aber müssen wir nicht auf dem Weg der Gewalt, sondern durch eine bessere Arbeitstüchtigkeit siegen."

Diese Worte Rykows klingen wie ein schlechter Witz. Es ist doch lächerlich, daß dieselbe Wirtschaftsmethode, die während der letzten vier Jahre, ohne Konkurrenten zu haben, vollständig Bankerott gemacht hat, jetzt, nachdem sie gezwungen gewesen ist, um die kläglichen Ueberreste der Industrie zu erhalten, sich selber Konkurrenten zu schaffen, diese Konkurrenten überwinden will.

Welche Folgerungen sind nun für die weitere Entwicklung Rußlands aus dem neuen Kurs der bolschewistischen Wirtschaftspolitik zu ziehen? Auf diese Frage wird uns am besten Rykow selbst Antwort geben können:

„Das alles bedeutet," sagte er, „die Wiederherstellung des Eigentums, im bürgerlichen Sinne dieses Wortes, und führt unerläßlich zur legalen **Entwicklung** der Bourgeoisie auf wirtschaftlicher Grundlage. Jetzt wird die Periode der Konkurrenzen beginnen, und wo das freie Privateigentum sich breit machen wird, muß man sich klar bewußt sein, daß dies die Fortsetzung des Klassenkampfes bedeutet, den wir vor der Oktoberrevolution geführt haben."

Kann noch deutlicher und klarer der Bankerott der vierjährigen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung zugegeben werden? Vier Jahre lang wurde das große Rußland der Schauplatz eines fürchterlichen und grausamen Bürgerkrieges. Städte und Dörfer wurden zerstört, Millionen von Menschen wurden unbeschreiblichen Leiden preisgegeben. Alle diese Qualen wurden in dem wahnwitzigen Glauben hervorgerufen, die sozialistische Gesellschaftsordnung in einem wirtschaftlich rückständigen Lande einführen zu können. Und jetzt erfahren wir aus berufenem Munde, daß der „Klassenkampf", der vor der Oktoberrevolution geführt wurde, von neuem fortgesetzt wird.

Der Leidensweg des russischen Volkes unter der Gewaltherrschaft der Bolschewisten ist ein warnendes Beispiel für Westeuropa. Es lehrt, daß die Gewalt allein nicht fähig ist, die wirtschaftlichen Probleme im Sinne des Sozialismus zu lösen.

M. S. B.

Die Auflösung der Einwohnerwehr

Der Botschafterrat läßt der Reichsregierung „etwas freie Hand".

Paris, 9. Juni.

Havas meldet: Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch vormittag mit verschiedenen Fragen über die Anwendung der Friedensverträge, insbesondere der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayrischen Selbstschutztruppen. Aus der Besprechung geht hervor, daß, falls sich England immer so standhaft in der Entwaffnungsfrage zeigt, man geneigt sei, der Reichsregierung in der Frage der Auflösung des Selbstschutzes etwas freie Hand zu lassen. Die Reichsregierung hat der bayrischen Regierung die Daten mitgeteilt, an denen die verschiedenen Handlungen zur Durchführung der Entwaffnung vorgenommen werden sollen. Dieser Plan ist etwas im Rückstande im Vergleich zu dem, der in Berlin durch General Nollet im Namen der Interalliierten Kontrollkommission übergeben worden sei.

Höfer rückt nicht weiter vor

London, 9. Juni.

Der Berliner Vertreter des Reuterschen Bureaus erfährt: General Höfer habe dem britischen Befehlshaber in Oberschlesien, General Hennicker, das endgültige Versprechen gegeben, daß er nicht vorrücken werde. Man ist der Ansicht, daß das Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegegenden sehr erleichtern wird.

* * *

London, 9 Juni.

Die „Times" meldet aus **Kattowitz**, es sei zwecklos, zu erwarten, daß das Einschieben britischer und französischer Truppen zwischen die Polen und die Deutschen Kämpfe zwischen diesen beiden verhindern werde. Die **Lage** sei **operettenhaft**. Die Anwesenheit der britischen Truppen habe bisher keine Aenderung in der französischen Politik des Geschehenlassens hervorgerufen. Die Städte des Industriegebietes lasse man nach und nach aus französischer Hand in die Hände der polnischen Aufständischen gleiten. Trotz dem Ehrenwort des französischen Generals **de Brantes**, daß **Gleiwitz**, wo sich mehrere tausend Mann alliierter Truppen befinden, von den Aufständischen nicht angerührt werden solle, kämen die **Polen** und **feuerten** ihre **Gewehre regelmäßig unter den Augen der französischen Posten** ab. Alle Anzeichen deuteten darauf, daß die Polen beabsichtigen, Gleiwitz nächstens zu nehmen. Die Besetzung irgendeiner Stadt durch die Polen bedeute bei ihrer augenblicklichen Disziplinlosigkeit Unruhe, Plünderungen, Raub und Mord. Der Berichterstatter schließt, mit dem allen könne in wenigen Tagen Schluß gemacht werden, wenn die Alliierten energisch und gemeinsam handeln würden. Man müsse dann jedoch den Truppen die Erlaubnis zum Feuern geben.

Das französische Flottenprogramm

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 9. Juni.

Das **französische Flottenprogramm**, das heute in der **Kammer** zur Beratung kommt, gibt Aufschluß über die **Lehren**, die die französischen Sachverständigen **aus dem letzten Kriege** gezogen haben. Vor dem Kriege hatte man die Flottenausgaben auf 90 Millionen Franken festgesetzt, wovon 10 Millionen für die Luftflotte bestimmt waren. Dies brachte den Fortfall von 5 Schlachtschiffen der Normandieklasse mit sich. Sie wurden schließlich doch noch bewilligt; doch wurde ihr Bau durch den Ausbruch des Krieges aufgeschoben. Die französischen Sachverständigen sind nun zu der Ansicht gekommen, daß das **Schlachtschiff immer noch einen wichtigen Faktor im Seekriege bildet**. Der Bau anderer Schiffe wäre selbstmörderisch, wenn sie nicht durch Riesenschiffe im Hintergrund unterstützt werden könnten. Da man es sich aber nicht leisten kann, große Schiffe vom Typ der amerikanischen, britischen und japanischen zu bauen, so ist man zu dem Schluß gekommen, die Flottenbauten überhaupt einzuschränken und die französische Flotte auf eine Defensivmacht umzustellen. Daher will man 8 **Kreuzer** von 7000 oder 8000 Tonnen für die Kolonialgewässer und 18 Zerstörer bauen. Ferner wird vorgeschlagen, sofort mit dem Bau von 12 **großen Hochunterseebooten** zu beginnen, die in der Lage sind, längere Zeit auf dem Ozean zu kreuzen.

Der Wiederaufbau Rußlands

Berlin, 9. Juni.

Ein deutsch-englisches Abkommen über den **Wiederaufbau Rußlands** ist nach amtlicher Auskunft nicht abgeschlossen worden. Es ist aber ganz natürlich, daß zwischen den **privaten** Industrie- und Wirtschaftskreisen Englands und Deutschlands Verhandlungen über die Rußland betreffenden Fragen schweben. Das deutsche Auswärtige Amt hat keine Nachricht darüber, daß **Lenin** nach London kommen werde. Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß sich **Sinojew** und **Radek** augenblicklich in Deutschland aufhalten.

Die Anschlußkrise in Oesterreich

Rechtfertigungsrede des Bundeskanzlers Dr. Mayr.

Wien, 9. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Christlich-sozialen Parteitages gab Bundeskanzler Dr. **Mayr** zu, daß die **Regierung** schwach sei. Das könne nicht anders sein, weil ihr **Fundament viel zu schwach** sei. Die Regierung, sagte er, ist ein Produkt der Christlich-sozialen Partei, die die Macht und die Mehrheit im Nationalrat besitzt, und darauf eben kommt es an. In der Aussprache wurde anerkannt, daß in den **auswärtigen Beziehungen** manches erreicht worden ist. Ich gestehe offen ein, daß es mir zur Freude gereicht, es ermöglicht zu haben, mit den auswärtigen, namentlich den entscheidenden Mächten zu guten Beziehungen zu gelangen. Jetzt beginnt aber die Arbeit auch in unsern auswärtigen Verhältnissen ungemütlich zu werden. Es hatte den bestimmten Anschein, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die **ausländische Kreditaktion** zustande kommt. Seit kurzem setzt das **Widersachertum** überall ein und konterminiert selbst die besten Absichten. Wenn ich in einem Teil der Presse lesen muß, daß meine Wenigkeit etwa gar von Ententemächten Drohnoten gegen die Abstimmung erbettelt habe, so ist das ein so albernes und verleumderisches Geschwätz, daß ich darüber eigentlich kein Wort verlieren möchte. Ich habe nicht nur nichts erbettelt, sondern von allem Anfang an in unzähligen Noten und Besprechungen den Großmächten und der Kleinen Entente die **Rechtslage klargemacht**, und die Gründe sowie die Stimmung der Bevölkerung dargelegt, die zur **Tiroler** und **Salzburger Abstimmung** geführt haben. Meinen Bemühungen **gelang es, für beide Abstimmungen Indemnität zu erreichen**. Die Drohnoten jedoch sind spontan gekommen, je mehr die Aufregung wegen der Abstimmung bei der Großen und Kleinen Entente wuchs.

Abg. **Kunschak** erklärte, wenn der Parteitag, ohne der Regierungs- und Parteikrise Herr zu werden, auseinandergehe, so werde sich eine schleichende Krise ergeben, die sicherlich den Staat und die Partei in den Abgrund reißen würde. Es sei zweifelhaft, ob im Wege des Anschlusses die Lebensmöglichkeiten Oesterreichs sichergestellt werden könnten; denn Deutschland sei im Augenblick selbst macht- und wehrlos. Wir haben die Pflicht, erklärte **Kunschak**, Oesterreich der deutschen Volksgemeinschaft zu erhalten, und müssen die Hilfsquellen restlos ausnützen, die uns durch die Kreditaktion erschlossen werden sollen; dann können wir Oesterreich territorial, national und volkswirtschaftlich unversehrt erhalten, damit, wenn es einmal wirklich zur Aufrichtung eines größeren Deutschlands kommt, dieses Oesterreich bereitsteht, als ein mächtiger Faktor dem deutschen Aufstiege zu dienen.

SLUB
Wir führen Wissen.